

RACHEL HALPERN

# Katar ja, Schweiz nein?



Die israelische Knesset hat diese Woche über einen Gesetzesvorschlag abgestimmt, der vorsieht, dass jede Spende aus ausländischen staatlichen Quellen an zivilgesellschaftliche Organisationen mit 80% besteuert wird – das sogenannte NGO-

Gesetz. Es wurde bereits im Rahmen der Justizreform Anfang 2023 in abgeschwächter Form vorgebracht und im Mai 2023 auf internationalen Druck hin gestoppt. Gemäss Vorschlag sollen zudem Organisationen, deren Hauptunterstützung aus ausländischen staatlichen Quellen stammt, keine Petitionen bei den Gerichten mehr einreichen können. Dies stellt eine drakonische Verletzung des fundamentalen Rechts auf Zugang zur gerichtlichen Überprüfung dar. Unter bestimmten Voraussetzungen kann der Finanzminister oder die Finanzministerin Ausnahmen gewähren.

Das Gesetz würde zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen in Israel schaden und könnte zur vollständigen Schliessung vieler NGOs führen. Auch solcher, die sich für die Rechte von Frauen, Arbeitnehmenden, älteren Menschen, Holocaust-Überlebenden und generell für Bürger- und Menschenrechte einsetzen. Diese NGOs erhalten Spenden von Staaten, auch von den USA, Deutschland und der Schweiz, von multinationalen Institutionen wie der Europäischen Union oder von Botschaften der eben genannten Länder.

Diese Entwicklung zeigt: Die Regierung Netanyahu nutzt weiter den Windschatten des Krieges, um die Justizreform und den Abbau der demokratischen Strukturen im Eiltempo voranzutreiben.

Die Einführung solcher Massnahmen stellt Israel gemäss Experten der Uni Tel Aviv bezüglich grenzüberschreitender Finanzierung in eine Reihe mit Ungarn, Polen, ja Russland und anderen Diktaturen in China, in Ländern Zentral- und Südamerikas, dem Nahen Osten und Teilen Afrikas. Betroffen sind letztendlich die Schwächsten, die

Minderheiten und Benachteiligten. Bürger- und Menschenrechtsorganisationen braucht es in einer Demokratie, damit auch deren Rechte geschützt werden.

Im Selbstverständnis gehört Israel – «die einzige Demokratie im Nahen Osten» – zum globalen Westen. Wer die Besetzung der palästinensischen Gebiete und den Siedlungsbau als völkerrechtswidrig betrachtet, muss dem sowieso widersprechen. Nicht zu reden von den menschenverachtenden Äusserungen diverser Regierungsmitglieder über die Bevölkerung in Gaza und den Annexionsbemühungen des Westjordanlands. Die aktuelle Gesetzesvorlage ist ein weiterer Nagel im Sarg der israelischen Demokratie, um ein dramatisches Bild zu verwenden. Denn wer wird garantieren, dass die nächsten Gesetze sich nicht gegen weitere unterrepräsentierte Gruppen richten?

## «Zivilgesellschaftliche Organisationen gehören zu einer lebendigen Demokratie.»

Direkt betroffen wären gemäss Schätzungen von Experten der Universität Tel Aviv rund 95 Organisationen, die von Regierungen aus Europa, den USA und auch der Schweiz unterstützt werden. Diese Organisationen betätigen sich in den Bereichen Kultur, Sport, Freizeit, Bildung, Forschung und Interessenvertretung («advocacy»). Einige – jedoch nicht alle – der rund 30 Organisationen, die sich zu mehr als der Hälfte über ausländische Regierungsgelder finanzieren, sind Menschenrechtsorganisationen, die sich gegen die Besetzung im Westjordanland oder für die Rechte von Palästinenserinnen in den besetzten Gebieten oder in Israel engagieren.

Die Befürworter begründen den Gesetzesentwurf damit, dass er die ausländische Einmischung in israelische Angelegenheiten eindämmen soll.

Für eine Regierung, deren Berater mutmasslich das Branding der katarischen Regierung unterstützt haben, ist eine solche Rechtfertigung bestenfalls höchst selektiv, um nicht zu sagen zynisch.

Zivilgesellschaftliche Organisationen gehören zu einer lebendigen Demokratie, genauso wie das Recht, die Regierungspolitik zu kritisieren und dagegen zu protestieren. Es ist undemokratisch, Kritik auszuschalten.

Einiges weist bei diesem Gesetz auf eine Doppelmoral hin: Viele unterschiedliche Organisationen in Israel erhalten staatliche Fördergelder aus dem Ausland. Da sie gleichzeitig auch israelische Staatsgelder beziehen, sind sie vom Gesetz ausgenommen. Private Spenden, die 60% der Finanzierung von Organisationen in Israel ausmachen, sind vom Gesetz ebenfalls nicht betroffen (von Privatpersonen oder über den New Israel Fund beispielsweise). So will die Regierung die Unterstützung für die ihr wohlgesinnten, nützlichen Organisationen weiterhin fliessen lassen, während sie den Spielraum für Menschenrechts- und regierungskritische Organisationen stark einschränkt.

Als schweizerisch-israelische Doppelbürgerin und als zionistische Jüdin kann ich nicht schweigend zuschauen, wie die aktuelle, extremistische Regierung die demokratischen Elemente systematisch abbaut. Ich wünsche mir ein sicheres, friedliches und demokratisches Israel, keinen messianisch-theokratischen Paria-Staat, der sich international isoliert und keine Ruhe findet.

Es ist klar, dass die Einführung dieses Gesetzes verfassungswidrig ist; es könnte die Beziehungen Israels zu westlichen Ländern – auch zur Schweiz – weiter schwächen. Ausländische Regierungen werden zivilgesellschaftliche Organisationen unter diesen Umständen nicht mehr unterstützen können. Aus meiner Sicht steht die israelische Gesellschaft so auf der ganzen Linie als Verliererin da.

Es bleibt zu hoffen, dass der internationale Druck (auch die stille Diplomatie) wie beim letzten Mal das Schlimmste verhindern kann. In Israel werden zurzeit Unterschriften für eine Petition gegen das Gesetz gesammelt.

*Rachel Halpern ist Co-Präsidentin des New Israel Fund Schweiz.*

genheit kontrolliert, kontrolliert die Zukunft. Wer die Gegenwart kontrolliert, kontrolliert die Vergangenheit.» Orwell seziert, wie totalitäre Systeme durch Kontrolle der Sprache und der Geschichtsschreibung das Denken der Menschen beeinflussen. Heute manipulieren Algorithmen, Populisten und Autokraten aller Couleur die Sprache, und die Frage bleibt: Bemerkten es Menschen oder nicht? Lassen sie die Manipulation zu oder wehren sie sich? Denn das Morden beginnt mit Worten – die Sprache kontaminiert die Zukunft im Guten, wie im Schlechten.

Die Buchhandlung führt Menschen aus aller Welt zusammen. Dort ein israelisches Pärchen auf der Suche nach einem Theaterstück in der englischen Sektion, hier eine ukrainische Studentin, die die Wissenschaftsabteilung durchstöbert, und in der Ecke sitzt eine junge Mutter mit dem Baby im Kinderwagen und liest ein Buch. Bei der Literatur liegt ein Gedichtband von Selma Meerbaum-Eisinger. Ihre im Konzentrationslager geschriebenen Liebesgedichte haben auf abenteuerliche Weise den Weg in die Öffentlichkeit gefunden und gehören zu den schönsten Texten jener Zeit. Sie sind das

Gegenteil von Sprache als Gewalt- und Machtinstrument: zarte, lebensbejahende, hoffnungsvolle Texte – eine Sprache der Freiheit, wider die des Barbarismus. Hier in Berlin ist er irgendwann eskaliert, trotz der Poppers, der Arendts, der Kafkas, der Lasker-Schülers, der Manns, der Kästners. In seinen Tagebüchern wird Victor Klemperer später notierten: «Berlin war die Stadt der unbegrenzten Möglichkeiten – im Guten wie im Bösen.»

*Yves Kugelmann ist Chefredaktor der JM Jüdischen Medien AG.*